IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2013

Politikum Mindestlohn

Die Bundestagswahl ist vorüber, CDU und CSU sind auf der Suche nach einem Koalitionspartner. Dazu konferieren die Unionsparteien sowohl mit der SPD als auch mit Bündnis 90/Die Grünen. Unabhängig davon, wer letztlich in Koalitionsverhandlungen tritt, steht der Bundeskanzlerin die Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn ins Haus. Der Disput um Mindestlöhne, die es dem Einzelnen ermöglichen sollen, vom Lohn seiner Arbeit leben zu können, zog sich bereits durch die vergangenen Legislaturperioden. Inzwischen wurden in zahlreichen Branchen tarifvertraglich fixierte Lohnuntergrenzen vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales für allgemeinverbindlich erklärt; sie erfassen damit auch nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Jetzt geht es um einen gesetzlichen, das heißt einen flächendeckenden und staatlich festgelegten, Mindestlohn für alle. Sowohl SPD als auch Grüne wollen – laut Wahlprogramm – eine Expertenkommission zur Findung des „richtigen“ Mindestlohns ins Leben rufen; bislang stehen 8,50 Euro pro Stunde im Raum. An der richtigen Höhe eines Mindestlohns arbeiten sich auch die meisten ökonomischen Analysen ab. Ergebnis: Liegt er unter oder genau bei dem Lohn, bei dem sich das Arbeitsangebot der Arbeitnehmer mit der Nachfrage nach Arbeitskraft durch die Arbeitgeber deckt, hat er keinerlei Effekte auf den Arbeitsmarkt. Liegt der Mindestlohn darüber, führt er zu mehr Arbeitslosigkeit, da Unternehmen niemanden einstellen, dessen Produktivität unter dem Mindestlohn liegt.

Das größte Risiko liegt aber abseits des rein ökonomischen Abwägens: Ein politisch zu verabschiedender Mindestlohn ist leicht und medienwirksam im Wahlkampf zu instrumentalisieren. Man kann sich kaum vorstellen, dass kommende Wahlkämpfer nicht darüber nachdächten: Wie viele Stimmen lassen sich mit einem Mindestlohn gewinnen, der sichtbar über dem „Angebot“ der politischen Konkurrenz liegt?

Lars Vogel

Einsprüche und Engpässe

Rund 80 große Investitionsvorhaben mit einem Investitionsvolumen von knapp 51 Milliarden Euro liegen in Deutschland aufgrund von Bürgereinsprüchen, politischen Blockaden oder Geldmangel „auf Eis“: Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Bauindustrie, die er unter seinen 16 Mitgliedsverbänden durchgeführt hat.

Für den Bauhauptverband sind Blockaden großer Investitionsvorhaben ein Grund dafür, dass die Nettoinvestitionsquote in Deutschland sowohl im Unternehmenssektor als auch im öffentlichen Sektor innerhalb der vergangenen zwei Jahrzehnte dramatisch „abgestürzt“ sei. Im Unternehmenssektor ersetzten die neuen Investitionen in Anlagen derzeit nur wenig mehr als die Abschreibungen für deren Abnutzung; im öffentlichen Sektor sei diese Nettoinvestitionsquote seit Jahren sogar negativ.

34 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 20,5 Milliarden Euro seien durch regionale Bürgerinitiativen, einzelne Bürger, aber auch Klagen von Naturschutzverbänden blockiert. Darüber hinaus gebe es 19 Projekte mit einem Investitionsvolumen von acht Milliarden Euro, die aufgrund von Meinungsunterschieden zwischen staatlichen Ebenen politisch blockiert seien. Bei den restlichen Projekten – Investitionsvolumen: 22,3 Milliarden Euro – sei die Finanzierung ungesichert. Betroffen seien hier vor allem Verkehrsprojekte des Bundes.
http://goo.gl/oKvM0S

Gaudeamus igitur?

Das Statistische Bundesamt hat mitgeteilt, dass im Prüfungsjahr 2012 rund 413 000 Absolventen eine deutsche Hochschule mit Abschluss verlassen haben. Im Jahr 2002 waren es knapp 210 000 Menschen, die ein Studium erfolgreich abgeschlossen hatten. Zurückzuführen sei der Anstieg auf die zunehmende Zahl von Studienanfängern sowie auf die „Bologna-Reform“: Durch „Bologna“ können Studierende bereits nach drei Jahren an der Hochschule mit dem Bachelor einen berufsqualifizierenden Abschluss erhalten.

Traditionelle Abschlüsse werden dagegen seltener: Nur noch 19,4 Prozent der Absolventen schließen ihr Studium mit einem Titel wie etwa dem Magister ab. Der mit dem Bologna-Prozess neu eingeführte Master kommt inzwischen bereits auf rund 15 Prozent. Während es im Jahr 2002 nur 1 000 Bachelor- und 2 200 Masterabschlüsse gegeben habe, seien es im Jahr 2012 rund 183 200 Bachelor- und 58 600 Masterabschlüsse gewesen, so die Statistiker.

Die durchschnittliche Studiendauer sank in den vergan-

genen zehn Jahren von 10,6 auf 8,8 Semester.
http://goo.gl/Bnv1ST

Guter Rat ist teuer

Externe Berater verfassen Gutachten, geben fachliche Hinweise bei der Ausarbeitung von Förderprogrammen oder fertigen selbst Gesetzestext-Entwürfe an. Sie verdienen Millionen mit diesen Aufträgen, die sie von der Bundesregierung und ihren Bundesbehörden bekommen. Mindestens eine Milliarde Euro waren es im Zeitraum von 2009 bis 2013, denn laufende Projekte wurden noch nicht berücksichtigt. Diese immense Summe findet sich in der Bundestagsdrucksache 17/14647, die Mitte September veröffentlicht wurde.

Allein das Bundesministerium für Bildung und Forschung holte für rund 465 Millionen Euro externen Rat ein. Mit rund 115 Millionen Euro tätigte nach Angaben der Bundesregierung das Wirtschaftsministerium die zweithöchsten Ausgaben für externe Beratungs- und Dienstleistungen. Mit etwas Abstand folgen das Umweltministerium (82 Millionen Euro) und das Verkehrsministerium (knapp 72 Millionen Euro). Wenig Beratungsbedarf gab es im Familienministerium: 293 600 Euro schlagen hier im Fünfjahreszeitraum zu Buche.

Die eigentlich Zuständigen, die Beamten und Angestellten der Ministerialbürokratie, scheinen gelegentlich überfragt. Die Bundesregierung erklärt das mit dem Hinweis auf den „speziellen“ Charakter mancher externen Beratung.
hthttp://goo.gl/nWw9Dc

Investitionslücke in Deutschland?

Schulgebäude verfallen, Straßen zerbröseln in der Sommerhitze, Autobahnbrücken bröckeln, und doch: Deutschland steht wirtschaftlich angeblich glänzend da. Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei öffentlichen Investitionen Nachholbedarf besteht, weil die Infrastruktur ureigene staatliche Aufgabe ist. Nach Expertenmeinung müsste mehr Geld fließen: ins deutsche Straßen- und Schienennetz, in Wasser- und Schifffahrtswege, für Schulen und Universitäten.

Auf den ersten Blick eine gute Nachricht: Die deutschen Kommunen mussten 2012 keine neuen Schulden machen! Na endlich, wird mancher denken, ab sofort wird vernünftig gewirtschaftet. Doch der Preis dafür zeigt sich bei genauerem Hinschauen: Nur durch den Verzicht auf Investitionen sind die Kommunen 2012 ohne neue Schulden ausgekommen. Das Jahr sei mit einer „schwarzen Null“ abgeschlossen worden, teilt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) mit. Allerdings sei dieses Ergebnis durch das Unterlassen dringend notwendiger Investitionen teuer erkauft worden. Der Verfall der Infrastruktur werde zunehmend zur Wachstumsbremse. Gleichzeitig gehe die Schere zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter auseinander.

Während die Kommunen Milliarden für Sozialtransfers ausgeben müssen, vergammeln Straßen und Schulen, werden in Behörden Personaleinsparungen vorgenommen oder bereits Geplantes in die Zukunft verschoben. Deutschland leidet unter einer Investitionslücke: Zu diesem Urteil gelangen inzwischen zahlreiche Institutionen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Investitionen für den Wohlstand

Warum sind öffentliche Investitionen überhaupt von Bedeutung? Was eine Volkswirtschaft mit den vorhandenen Produktionsmitteln herstellen kann, ist auch abhängig von den öffentlichen Investitionen, die zuvor getätigt worden sind. Vor allem Investitionen in die Infrastruktur sind für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bedeutsam. Aussagen zum „optimalen“ staatlichen Engagement sind allerdings nicht möglich. Letztlich muss im Einzelfall geprüft werden: Ist die geplante Investition volkswirtschaftlich vorteilhaft? Muss sie vom Staat durchgeführt werden?

Häufig verläuft die Argumentation falsch herum. Viele Projekte vermitteln den Eindruck: Hauptsache, wir investieren ein paar Milliarden Euro; für was, das wird dann im weiteren Verlauf des Projektes diskutiert oder an Arbeitskreise deligiert. Entscheidend ist aber, ob die Versorgung für Bürger und Wirtschaftende effizient und auf einem angemessenen Niveau erfolgt. Darüber hinaus sind Investitionen nachfragewirksam, das heißt, sie erhöhen unmittelbar das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes.

Steuerschätzung

in Milliarden Euro	
2012*	573,7
2013	584,5
2014	606,9
2015	628,5
2016	653,5
2017	672,7

* Ist-Wert
Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die Investitionsquote gilt unter Ökonomen als langfristiges Maß dafür, wie attraktiv ein Standort ist. Volkswirte beobachten die Entwicklung in Deutschland mit Sorge, weil über viele Jahre niedrige Investitionen das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft drücken. Ob über kurz oder lang: Investitionen beeinflussen das Wachstum und dadurch den Wohlstand eines Landes.

Investitionslücke festgestellt

Die öffentlichen Investitionen sind in den letzten Jahren zurückgegangen. Anfang der 1970er Jahre lag ihr Anteil am BIP noch bei gut 4,5 Prozent. Selbst infolge des Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern gab der deutsche Staat noch 2,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Infrastruktur aus. Mittlerweile ist der Anteil auf unter zwei Prozent gesunken. Berücksichtigt man die Abschreibungen, also die errechnete Wertmin-

„In den 20 Jahren nach der Wiedervereinigung hatte der Aufbau der Infrastruktur in Ostdeutschland Vorrang. Das war notwendig. Aber die Substanz im Westen hat in dieser Zeit gelitten. Jetzt setzen wir die Prioritäten bei Erhalt und Modernisierung."

Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

derung durch Gebrauch und Abnutzung, liegt die Investitionsquote sogar nahe null. Der Wert bestehender Straßen, Schulen und Schienen sinkt Jahr für Jahr: Sie werden baufälliger, sogar unbenutzbar. Seit 2003 summiert sich der Wertverlust auf insgesamt rund 34 Milliarden Euro; allein für das Jahr 2012 wurde ein Verlust von 6,4 Milliarden Euro ermittelt. In den Daten des Statistischen Bundesamtes zeigt sich: In den letzten zehn Jahren waren die Abschreibungen auf die öffentliche Infrastruktur größer als die Investitionen.

2011 lag der Anteil der öffentlichen Investitionen in Deutschland bei 1,6 Prozent der Wirtschaftsleistung; im EU-Durchschnitt wurden 2,5 Prozent des BIP ausgegeben. Zum Vergleich: Die Staatsquote – das Verhältnis der Staatsausgaben zum BIP in Prozent – gibt an, wie hoch die Ausgaben des Staates im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung sind; sie lag im Jahr 2012 bei rund 45 Prozent. Darin enthalten sind unter anderem die Gehälter für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Ausgaben von Sozialversicherungen – zum Beispiel Renten – und die Investitionen. Die staatlichen Investitionen machen also nur einen kleinen Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben aus.

Staatsquote

in Relation zum BIP, in Prozent	
1960	32,9
1965	37,1
1970	38,5
1975	48,8
1980	46,9
1985	45,2
1990	43,6
1995	54,9
2000	47,6
2005	46,9
2010	47,9
2011	45,2
2012	44,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Fahren auf Verschleiß, Infrastruktur bröckelt

Auch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) diagnostiziert zu geringe öffentliche Investitionen. Im Auftrag der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wurden 526 Städte, Gemeinden und Landkreise befragt. Dabei ergab sich für 2012 ein Investitionsrückstand von 128 Milliarden Euro, wovon 33 Milliarden Euro auf Straßenbau und Verkehr entfielen; 22 Milliarden Euro fehlten im Bildungsbereich, vor allem bei den Schulen.

Wenn Straßen und Schulen fehlen, sind Transport und Ausbildung nicht dauerhaft gesichert. Beispiel Straßenbau: Ein großer Teil der Straßen in Deutschland befindet sich in sogenannter Baulastträgerschaft der Kommunen. Städte, Kreise und Gemeinden sind daher für Bau, Unterhalt und Betrieb zuständig. Sie müssen die Kosten dafür tragen. Dies gilt nicht nur für Straßen, sondern auch für Straßenbrücken. Von rund 67 000 Straßenbrücken, für die Kommunen zuständig sind, befindet sich laut aktueller Studie des Difu ein gutes Drittel in schlechtem oder gerade noch ausreichendem baulichen Zustand. Diese Brücken müssen bis 2030 entweder saniert oder komplett neu gebaut werden. Die Investitionsmittel für Neubauten beziffert das Institut auf rund elf Milliarden Euro bis 2030, hinzu kommen geschätzte fünf bis sechs Milliarden Euro für die Teilsanierung von Brücken oder Brückenteilen.

Während zum Beispiel Straßenbau grundsätzlich als Investition gilt, ist gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – die „Bilanz" der Volkswirte – Bildung als konsumtive Größe, als „Staatsverbrauch" anzusehen. Dabei ist aber die Ausbildung kommender Fach- und Führungskräfte unbestritten eine sinnvolle Investition in die Zukunft, eine Investition, die sich langfristig auszahlt. Nahezu unisono wird immer wieder betont, dass Deutschland als rohstoffarmes Land vor allem auf „Köpfe" angewiesen sei. Ergo müsste darauf geachtet werden, dass langfristig öffentliche Investitionen in einem umfassenderen Sinn bereitgestellt werden können.

Viel hilft viel? Doch woher nehmen?

Kein Wunder, dass auch die Wirtschaftsverbände, zum Beispiel der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), ungeduldig werden. In der kommenden Legislaturperiode müsse eine umfassende und nachhaltige Investitionsoffensive in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gerückt werden, lautet die BDI-Forderung. Um diese zu finanzieren, bräuchten aber keine Steuern erhöht oder zusätzlich erhoben werden. Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes weise für die kommenden Jahre beträchtliche Haushaltsüberschüsse auf. Diese Überschüsse könnten nun investiv und nicht konsumtiv verwendet werden.

So einmütig die Fachleute eine Investitionslücke bescheinigen, so uneinig wird über die Finanzierung diskutiert. Die Vorschläge reichen – so sie denn überhaupt gemacht werden – von Umschichtungen in den Haushalten von Bund, Bundesländern und Gemeinden über zusätzliche, zweckgebundene Abgaben – Stichwort Mautgebühr – bis hin zu Steuererhöhungen. Jeder Vorschlag hat seine Vor- und Nachteile: Umschichtungen bedeuten, dass jemandem etwas genommen wird, um es anderswo zu verwenden. Zweckgebundene Ausgaben machen den Finanzminister unglücklich, weil er diese Einnahmen nicht allgemein verwenden darf. Steuererhöhungen belasten diese oder jene Gruppe und erzeugen möglicherweise Ausweichverhalten. Spätestens jetzt treffen Ökonomie und Politik aufeinander: im Streit darüber, dass der Staat das Geld „richtig" einsetzt. Dass diese richtige Verwendung tatsächlich stattfinden wird, kann angesichts mancher Fehlinvestition – Schifffahrt-Kanäle, Regionalflughäfen und sonstige Prestigeprojekte – bezweifelt werden.

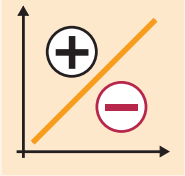
Es geht nicht darum, Geld mit der Gießkanne zu verteilen. Für die langfristige Entwicklung ist entscheidender, wie und wofür das Geld eingesetzt wird.

Andreas Schirmer

„Insgesamt zeigt sich der Arbeitsmarkt in einer guten Grundverfassung, gleichzeitig werden aber strukturelle Probleme immer deutlicher."
Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT
Oktober 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊖

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im September offiziell 2,85 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz. Das sind zwar 97 000 weniger als im August, aber 61 000 mehr als im Vorjahr. Die erhoffte Herbstbelebung ist damit schwächer ausgefallen als in den Jahren zuvor.

In den Tagen vor der Veröffentlichung der aktuellen September-Zahlen hatte es noch geheißen: „Die nach der Sommerpause übliche Einstellungswelle hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach Experteneinschätzung im September kräftig sinken lassen."

Arbeitslose

jeweils September
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Eigenverantwortung ⊖

Seit Ende 2008 fördert das Bundesumweltministerium im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative das Gemeinschaftsprojekt „Stromspar-Check PLUS". Das Projekt von Caritas und Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen hat unter anderem das Ziel, den Stromverbrauch einkommensschwacher Haushalte zu verringern und damit deren Kostenbelastung zu reduzieren. Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger sind durch den Preisschub für Energie besonders betroffen.

Nun meldete das Projekt die 100 000ste Energiesparberatung. Beraten wird, wer Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld bezieht. Energiesparberater im Auftrag der Caritas analysieren den Haushalt und die Gewohnheiten seiner Bewohner, um dann Energiespar-Artikel im Wert von durchschnittlich 70 Euro zu installieren. Insgesamt seien rund 1,2 Millionen Artikel ausgetauscht worden, darunter knapp 900 000 Energiesparlampen.

Der Staat unterstützt also Projekte, die die negativen Folgen seiner Preistreiberei abfangen sollen – dann kann die Energiewende ja nicht mehr schiefgehen.

Stromkosten

pro Monat, 3-Pers.-Haushalt, in Euro

	Produktion*	Steuern/Umlagen
2002	28,32	18,67
2004	31,56	20,83
2006	34,27	22,50
2008	37,95	25,21
2010	40,51	28,59
2012	40,98	34,10

*Erzeugung, Transport, Vertrieb
Quelle: Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft

Geldwertstabilität ⊖

In den vergangenen Jahren haben die privaten Haushalte in Deutschland weniger gespart. Seit 2008 hat sich die Sparquote, das Verhältnis der Ersparnis zum verfügbaren Einkommen, in kleinen Schritten von 11,5 Prozent (2008) auf 10,0 Prozent Mitte 2013 verringert.

Gemäß einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken sei die Geldpolitik der EZB-Volkswirte Hauptursache für den Rückgang: Niedrige Zinsen verringerten die Erträge und damit auch die Sparanreize. Es droht nach Auffassung des Verbandes die Erosion des Spar- und Vorsorgewillens.

Die Inflationsrate und ihre Auswirkung auf das Vorsorgesparen bleiben in der Studie unberücksichtigt. Wird die Rate von „nahe, aber unter zwei Prozent" – so die Zielgröße der EZB – erreicht, ist von Werterhalt des Ersparten kaum auszugehen – von Vermögenszuwächsen ganz zu schweigen.

Sparquote

in Prozent	
2008	11,5
2009	10,9
2010	10,9
2011	10,4
2012	10,3
2013*	10,0

*1. Halbjahr
Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:
Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: BMVBS, F. Ossenbrink (innen); Bundesagentur für Arbeit
Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de